

1. Kritik an der Amtsführung von Martin Schulz in Beschlüssen des Europäischen Parlaments

Entlastung Gesamthaushaltsplan der EU 2014 - Europäisches Parlament

- Abstimmung am 28.04.2016
- Kritik an Schulz wurde von allen Fraktionen außer der S&D angenommen:
 - Politische Aktivitäten des Präsidenten:
 - 32. stellt fest, dass es schwierig war, **die politischen Tätigkeiten des Präsidenten von seiner Tätigkeit als Spitzenkandidat seiner Partei in der Europawahl 2014 vollständig zu trennen**, was auch auf andere Spitzenkandidaten zutrifft; ist der Ansicht, dass **es keine eindeutige Unterscheidung zwischen beiden Rollen gab; fordert eine klare Trennung der Aufgaben von Amtsträgern und Kandidaturen im Wahlkampf für die Europawahl**; bedauert, dass Bedienstete des Parlaments zumindest indirekt an der Vorbereitung der Kampagne beteiligt waren, und fordert, dass künftig hiervon Abstand genommen wird; **bedauert in diesem Zusammenhang, dass der Präsident das Twitter-Profil der Präsidentschaft des Europäischen Parlaments zu seinem persönlichen Profil gemacht und im Wahlkampf genutzt hat**;
 - Reisen des Präsidenten im Vorfeld des Wahkampfes
 - 34. stellt fest, dass **im Zeitraum vom 22. Januar bis 18. April die offiziellen internationalen Dienstreisen des Präsidenten meist zu staatlichen und offiziellen Einrichtungen bei sozialistischen Parteien und Organisationen führten**; fordert weitere Informationen in dieser Hinsicht;
 - Ähnliche Kritikpunkte hatte es bereits im Entlastungsbericht des EPs 2012 gegeben
 - Abstimmung am 16. April 2014
 - 51. **verlangt detaillierte Auskunft darüber, wie die Amtsführung des Präsidenten als parteipolitisch neutraler Figur von der Vorbereitung seiner sozialdemokratischen Spitzenkandidatur für die Europawahlen getrennt wurde**, vor allem was die **Mitarbeiter** seines Kabinetts und in den Informationsbüros des Parlaments und die **Reisekosten** betrifft; vertritt die Ansicht, dass bei zahlreichen Aktivitäten beide Rollen vermischt wurden; verlangt eine klare Trennung der Funktionen von Amtsträgern nach dem Vorbild der Kommission, damit der europäische Steuerzahler nicht für den Wahlkampf europäischer Spitzenkandidaten zu bezahlen hat;
 - Zusätzliche Kritik aus der Entlastung EP 2012: Präsident Schulz hat trotz den Bemühungen, Einsparungen zu treffen, fünf Stellen als Generaldirektoren oder Direktoren in der Verwaltung geschaffen für Mitarbeiter aus seinem Kabinett

- 63. nimmt zur Kenntnis, dass die GD PRES neu organisiert und dabei eine neue GD EPRS (Wissenschaftlicher Dienst) geschaffen wurde, und dass die Sicherheitsdienste des Parlaments internalisiert wurden, was zur Schaffung der GD Sicherheit geführt hat; ist zufrieden darüber, dass die Internalisierung der Sicherheitsdienste im Zeitraum 2013-2016 voraussichtlich Einsparungen von über 11 Millionen EUR bringen wird; **stellt jedoch fest, dass fünf Mitarbeiter aus dem Kabinett des Präsidenten für Stellen als Generaldirektoren oder Direktoren in der Verwaltung des Europäischen Parlaments vorgesehen sind; kritisiert diesen politischen Zugriff auf Leitungspositionen und die Aushöhlung des Beamtenstatuts; erinnert daran, dass die Union weltweit politische Patronage kritisiert, und verlangt die Einhaltung dieser Kriterien auch in der Verwaltung des Europäischen Parlaments;** möchte durch den Generalsekretär jährlich über die genaue Höhe der Einsparungen unterrichtet werden, was auch als gutes Beispiel dafür dienen könnte, wie andere Dienste internalisiert werden können, die derzeit von Dritten erbracht werden;

2. Nette Posten für Schulz-Vertraute

25.10.2016 Es wird bekannt dass der bisherige Sprecher des EP und Vertraute von Martin Schulz, Jaume DUCH, soll wohl in den nächsten Monaten zum Generaldirektor Kommunikation befördert werden.

14.10.2016: Arnoldas Pranckevičius is leaving Martin Schulz's cabinet to become head of the Commission's representation in Vilnius. (Politico Playbook, 14.10.2016)

25.05.2016: Head of Cabinet Markus Winkler, to be the next deputy secretary general of the institution, Schulz wants to replace the Parliament's long-serving director for budgetary affairs, Anne Vitrey, with **Monika Strasser, his former budget adviser** who is now head of unit for protocol in the assembly's secretariat.

Armin Machmer, Schulz's spokesman. Machmer himself is another Schulz loyalist said to be lined up for a top administrative post, despite a background mostly as a political aide. According to sources familiar with the talks earlier this month, he is being pushed by Schulz for either a director or a director general post in Luxembourg, where his family lives.

Another Schulz aide, **press officer Markus Engels**, has been positioned to run "Europa Experience", the assembly's newly opened "Mini-Parlamentarium" visitor center and museum in Berlin. (Anmerkung: Engels ist Schulz Kontaktmann in Berlin. Für Beamte des Europäischen Parlaments verstößt es gegen die Statuten, Parteiarbeit zu verrichten) Inzwischen ist bekannt, dass Markus Engels in die SPD-Zentrale wechseln wird und dort gleichberechtigt mit der Bundesgeschäftsführerin den Wahlkampf organisieren wird.

Schulz, according to the sources familiar with the meeting in Strasbourg, also proposed that his cabinet aide **Sonia Wollny**, an advisor to Winkler, be named head of unit for the influential Conference of Presidents, which includes the leaders of the assembly's political groups.

Bereits 2014: One of the officials in that staff shuffle was Winkler. Three other former advisors to Schulz — **Alexandre Stutzmann, Maria José Martínez Iglesias and Lorenzo Mannelli** — were placed in director roles.

<http://www.politico.eu/article/european-parliament-president-martin-schulzs-latest-power-grab-winkler/>

3. Martin Schulz und CETA

Im Juni 2016, nachdem der Rechtsdienst der Europäischen Kommission das geplante Abkommen mit Kanada als ein reines EU-Abkommen eingestuft hatte, äußerte Martin Schulz bei einer Pressekonferenz der Deutschen Presse Agentur Zweifel an der Rechtsauffassung des juristischen Dienstes der Europäischen Kommission: "Ich persönlich teile diese Rechtsauffassung nicht" (<http://www.rp-online.de/politik/eu/handelsabkommen-ceta-abstimmung-sorgt-fuer-aerger-im-eu-parlament-aid-1.6088057>)

Am 2. September 2016 erklärte Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments, auf seiner Website: "Obwohl die Handelspolitik vor allem europäische Kompetenz ist, ist es wegen des großen Interesses der Bevölkerung sicherlich richtig, dass wir auf diese Art und Weise größere Legitimation schaffen. So werden Entscheidungen bürgernah getroffen." (<http://www.martin-schulz.eu/aktuelles/2016/07/06/martin-schulz-%C3%BCber-ceta/>)

Das Ergebnis ist bekannt. Das wallonische Regionalparlament hatte CETA als Geisel genommen. Der erklärte Europäer Martin Schulz hat damit aus rein parteitaktischer Motivation die Europäische Sache verraten. Anstatt als höchster Repräsentant des Europäischen Parlaments dessen Kompetenzen vehement zu verteidigen, unterstützte Martin Schulz diese Entscheidung und begrüßte sie sogar, obwohl das Parlament mit dieser Entscheidung in seinen Kompetenzen beschnitten und dessen demokratische Legitimation damit in Frage gestellt wurde.

Der Höhepunkt erreichte diese sowohl-als-auch Handlungsweise am 22.10., als er am frühen Morgen eigenmächtig medienwirksam mit der kanadischen Handelsministerin zusammentraf, vorgeblich um das Abkommen zu retten, dass er zuvor selbst den Unwägbarkeiten von über 30 Parlamenten ausgeliefert hat. Ergebnis ist, dass die Handlungsfähigkeit der EU in internationalen Fragen fatal eingeschränkt ist. Einer der Schuldigen: Martin Schulz.

4. Schulden-Schulz und die Haushaltsdisziplin in der Eurozone

Martin Schulz tritt schon lange für eine **Vergemeinschaftung der Schulden** der Eurostaaten ein:

„Wir wollen Eurobonds. Gemeinsame Anleihen mit einem niedrigen Zinssatz können die Schuldenkrise entschärfen und das Bankensystem stabilisieren. Eurobonds sind eine mächtige Waffe gegen Spekulation und explodierende Zinsen.“ Rede von Martin Schulz auf dem Gipfel der EU-Staats- und Regierungschefs, 30.01.2012

„Wir müssen die Zinslast der angeschlagenen Staaten Südeuropas verringern. Am besten ginge das mit Eurobonds. (...) Weil wir einen einheitlichen Wirtschafts- und Währungsraum haben und de facto keine Souveränität mehr der Nationalstaaten im Währungsbereich. Deutschland ist Teil einer Gemeinschaftswährung. Warum sollen dann währungspolitische Instrumente auf dieser transnationalen Ebene nicht eingesetzt werden?“ Spiegel, 3.9.2012

„Drittens, im 4+1 Zwischenbericht wird vom Langzeitziel eines Eurozonen-Haushalts gesprochen. Wenn dies ein Instrument zur Stabilisierung der Eurozone sein soll, vergleichbar mit einem Schuldentilgungsfond, Eurobonds oder einer Banklizenz für den ESM, dann wäre dieser Schritt in der Tat begrüßenswert. Allerdings kann dies nicht die Schaffung eines Parallelhaushalts zum EU-Haushalt bedeuten. Die Einheit des EU-Haushalts muss gewährleistet sein.“ Rede vor dem Europäischen Rat, 18.10.2012

„Natürlich setzt die SPD andere Prioritäten als die Konservativen. Wir wollen einen Schuldentilgungsfonds in der Euro-Zone schaffen. (...) Ökonomisch wirkt ein Schuldentilgungsfonds genauso wie Euro-Bonds.“ Handelsblatt, 07.03.2013

„Die SPD hat beispielsweise die Initiative ergriffen, einen Schuldentilgungsfonds auf europäischer Ebene aufzubauen. Das findet auf der Unionsseite nicht nur keinen Beifall, sondern offene Ablehnung.“ MDR.de, 31.10.2013

„Deshalb werbe ich seit langem dafür, dass die Eurostaaten international gemeinsame Anleihen, also gemeinsam verbürgte Kredite, aufnehmen. (...) Die Stichworte in der Presse dazu heißen Eurobonds und Schuldentilgungsfonds. (...) Dies verursacht natürlich Kosten.“ Martin Schulz, Der gefesselte Riese – Europas letzte Chance, 2. Auflage 05/2013, S. 241

„Investieren heißt, steigende Schulden zu akzeptieren. Das ist ein Mittel, um neues Wachstum zu garantieren“ (ORF, April 2014)

5. Alles für die Wiederwahl: Was sind schon EU-Verordnungen?

Als Mitte 2016 im Rahmen der „Excessive Deficit Procedure“ den Krisenstaaten **Portugal und Spanien** laut Vertragslage (EU-Verordnung 1303/2013, Erwägungsgrund 24 und Art. 23) **Sanktionen** in Form der Suspendierung von EU-Fonds drohten, schlug Martin Schulz umgehend vor, dieses technische Verfahren durch einen sogenannten „strukturellen Dialog“ mit dem Europäischen Parlament zu politisieren um so Sanktionen zu verhindern.

Diesen aus seiner Sicht erfolgreichen Einsatz lobte Schulz anschließend gegenüber dem spanischen Regierungschef Rajoy als Einsatz für das Land um Unterstützung für seine erhoffte Wiederwahl als Parlamentspräsident zu werben:

Politico vom 26.10.2016, <http://www.politico.eu/article/martin-schulz-raids-rival-camps-in-bid-to-stay-president/> :

At a meeting earlier this month in Madrid with Spanish Prime Minister Mariano Rajoy, an EPP member, Schulz argued for “institutional stability,” according to Spanish and Parliament officials. Schulz, the sources said, made the case that if he were to step down for an EPP candidate there would be a political imbalance among the leaders of the three main EU institutions, since Commission President Jean-Claude Juncker and Council President Donald Tusk are both members of the center-right bloc.

That imbalance, Schulz said, according to two Spanish officials, would create pressure on EU leaders to replace Tusk — [whose term ends next year](#) — with a socialist, to preserve the balance of power.

Schulz reminded Rajoy about his close relationship with Juncker — who has made the same case for Schulz staying on, saying it was important to preserve EU stability. **Schulz, according to sources familiar with the conversation, told Rajoy he had lobbied the Commission president to be lenient with Spain and Portugal for its breaches of eurozone budget rules. [In July, the Commission decided not to impose fines against both countries for failing to hit EU budget targets.](#)**

Schulz also told Rajoy that he had protected Spain’s member of the European Commission, energy chief Miguel Arias Cañete, from attacks from socialist MEPs who say Cañete has been too close to oil companies, according to two Spanish officials briefed on the matter. Arias Cañete was forced to [give up shares in two oil companies before he was appointed.](#)

5. Martin Schulz in der „großen Koalition“ im EP

Martin Schulz hat oft behauptet, ohne ihn sei die große Koalition im Europäischen Parlament nicht zu machen. Bei zahlreichen Dossiers sei es seinem persönlichen Einsatz zu verdanken, dass die Sozialdemokraten am Ende einem Kompromiss mit der EVP zugestimmt hätten. Dies ist eine große Übertreibung seiner eigenen Rolle.

Beispiel Fluggastdaten (PNR)/Datenschutzpaket: Es war nicht Schulz, sondern die sozialistische französische Regierung, die nach den schrecklichen Terroranschlägen von Paris Druck im Rat ausgeübt hat. Die Anschläge von Paris haben den Verhandlungen eine neue Dynamik gegeben, so dass der Rat wiederum das Parlament unter Druck gesetzt hatte. Schulz eigene Genossen, wie beispielsweise die zuständige Koordinatorin im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres und Schattenberichterstatterin für das Dossier, Birgit Sippel blockierte die Verhandlungen bis zu Letzt und stimmte letztendlich auch gegen das Abkommen.

Im Dezember 2015 wurde ein Kompromiss im Trilog zu EU PNR erzielt und der Innenausschuss mit einer Abstimmung, das im Trilog erreichte Ergebnis. Seit Anfang des Jahres haben EVP und EKR eine baldige Abstimmung im Plenum gefordert. Auf Druck der S&D

und der anderen linksorientierten Fraktionen konnte bis April keine Mehrheit in der Konferenz der Präsidenten erzielt werden, um das Abkommen auf die Plenartagesordnung zur Abstimmung zu setzen. Auch die „Kampfabstimmung“ im März-I-Plenum als zur Eröffnung der Plenarwoche auf Drängen der EKR eine Änderung der Tagesordnung und somit der Zusatz von EU PNR gefordert wurde, scheiterte an der Mehrheit der linksorientierten Fraktionen, die für Ablehnung plädierten. Die Position der S&D war bis zuletzt gespalten. Martin Schulz, der sich im Nachhinein für das Fluggastabkommen feiern lies, hatte die Mehrheit seiner Fraktion im Gegensatz zu seinen Behauptungen nicht hinter sich.

Die S&D hat auch die Abstimmung versucht zu verzögern, indem sie auf die Stellungnahme des EuGH zu dem Fluggastdatenabkommen mit Kanada drängte, die dann abgewartet werden sollte. Des Weiteren wurden die Fluggastdaten als Kuhhandel mit dem Datenschutz-Paket verknüpft. Da abzusehen war, dass die Übersetzung und die Prüfung des Datenschutzpakets mehreren Monate umfassen würde, sollte so Zeit verstreichen, in der Hoffnung, dass der EuGH in der Zwischenzeit die Stellungnahme präsentieren würde.

Das Dossier konnte schließlich im April 2016 erfolgreich abgeschlossen werden, aber nicht wegen Martin Schulz, sondern wegen des großen Drucks der EU-Mitgliedstaaten.

6. Ehrenmann? Für Martin Schulz und seine Sozialdemokraten gelten Verträge nicht

Zu Beginn der laufenden Legislaturperiode im Europäischen Parlament haben sich Sozialdemokraten (S&D) und Europäische Volkspartei (EVP) gemäß den seit 1979 üblichen parlamentarischen Gepflogenheiten schriftlich darauf verständigt, dass der Parlamentspräsident zur Mitte der Legislaturperiode, also ab Januar 2017, von den Sozialdemokraten zur EVP übergeht. Diese Verabredung hat Martin Schulz persönlich unterschrieben. Sie sicherte ihm eine völlig unübliche und bis dahin nie dagewesene zweite Amtszeit als Parlamentspräsident. Nichtsdestotrotz hielt Schulz entgegen seiner eigenen Unterschrift bis zum 24. November 2016 an seinem Wunsch fest, erneut und damit zur dritten (!) Amtszeit Präsident des Europäischen Parlaments zu werden.

Eigentlich wäre damit nach der unterschriebenen Abmachung klar gewesen, dass nach dem am Amt klebenden Schulz ein EVP-Kandidat an der Reihe wäre. Nicht so für die Sozialdemokraten: Am 30.11. erklärte der S&D-Fraktionsvorsitzende Pitella seine Kandidatur für das Amt des Parlamentspräsidenten und kündigte die Abmachung damit auf. Martin Schulz war das egal, nach dem Motto „Nach mir die Sinnflut“.

Diese Vorgehensweise passt in das Bild der sozialdemokratischen Politik in Europa: Verträge, Abmachungen und gemeinsam beschlossene Regeln werden nach Gutdünken ausgelegt und scheinen nur dann zu gelten, wenn sie den handelnden (meist sozialdemokratischen) Personen passen. Die Politik arbeitet damit daran, die eigene Verlässlichkeit abzuschaffen.

7. Martin Schulz und die Türkei

Martin Schulz zählte jahrelang zu den stärksten Verfechtern eines Beitritts der Türkei zur Europäischen Union. Inzwischen hat er seine Unterstützung abgeschwächt, aber im Gegensatz zur Mehrheitsmeinung des Europäischen Parlaments stets für die Weiterführung der Gespräche plädiert.

Noch 2013 sagte er folgendes:

„Wir führen seit Jahren Verhandlungen mit der Türkei, ohne dass sich die Mitgliedsstaaten darauf verständigt hätten, ob sie die Türkei tatsächlich wollen. (...) Ich war immer der Meinung, dass Beitrittsverhandlungen so heißen, weil sie den Beitritt zur Folge haben.“ Die Welt, 27.06.2013

Schulz ging damit davon aus, dass Verhandlungen automatisch in einem positiven Abschluss enden. Inzwischen hat sich auch seine Haltung verändert, für die Beibehaltung der Beitrittsgespräche ist er jedoch nach wie vor:

„EU-Parlamentspräsident Martin Schulz hat sich dafür ausgesprochen, weiter mit der [Türkei](#) über einen [EU-Beitritt](#) zu verhandeln. In einem Interview mit der [Rheinischen Post](#) sagte er, eine EU-Beitrittsperspektive bleibe "selbstverständlich" bestehen. Allerdings sehe er angesichts der türkischen Innen- und Außenpolitik "keine Möglichkeit für einen zeitnahen Beitritt". (Zeit.de, 03.09.2016, <http://www.zeit.de/politik/ausland/2016-09/eu-verhandlungen-martin-schulz-tuerkei>).

Damit vertritt der Parlamentspräsident eine andere Meinung als die Mehrheitsmeinung des Europäischen Parlament und auch die seiner sozialdemokratischen Fraktion:

EU-Parlamentspräsident Martin Schulz spricht sich trotz des autoritären Kurses in der Türkei gegen einen Abbruch der EU-Beitrittsverhandlungen. „*Sprachlosigkeit hat noch nie weiter geführt, sondern birgt eher die Gefahr weiterer Eskalation in sich*“, sagte der SPD-Politiker dem „Mindener Tageblatt“ (Freitag). Mit einem Ende der Gespräche mit der Türkei wäre nichts gewonnen. In einem Fall sieht aber auch Schulz keinen Spielraum mehr für Verhandlungen mit Ankara: „*Klar ist: Sollte die Türkei die Todesstrafe einführen, wäre das automatisch das Ende der Beitrittsgespräche.*“

Der Fraktionschef der Sozialdemokraten im Europaparlament Gianni Pittella sieht das offenbar ein wenig anders. [Spiegel Online sagte er](#): „*Wir können nicht tatenlos zusehen und schweigen, wenn die Türkei Journalisten, Anwälte und Parlamentarier einfach wegsperrt. Wenn diese Situation so weitergeht, muss die EU die Beitrittsgespräche einfrieren.*“ (FAZ.net, 18.11.2016, <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/tuerkei/europas-sozialdemokraten-fuer-stopp-der-beitrittsgespraechе-mit-tuerkei-14533377.html>)

Mit breiter Mehrheit hat das Europaparlament ein vorübergehendes Einfrieren der EU-Beitrittsgespräche mit der Türkei gefordert. Von 623 Parlamentariern stimmten 479 am 24.11.2016 in Straßburg dafür, nicht weiter mit Ankara über offene Verhandlungskapitel zu sprechen und keine neuen Kapitel zu eröffnen. (FAZ.net, 24.11.2016, <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/eu-parlament-fordert-einfrieren-der-tuerkei-beitrittsgespraechе-14543027.html>)

8. Schulz und die „Charta der Digitalen Grundrechte“:

Am 5. Dezember 2016 wurde auf Initiative von Martin Schulz im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres die so genannte „Charta der digitalen Grundrechte der EU“, ein Projekt der ZEIT-Stiftung, vorgestellt. Diese Charta, die ausschließlich von deutschen Intellektuellen, Abgeordneten (u.a. der Grünen-MdEP Jan-Philipp Albrecht und Norbert Röttgen MdB zählen dazu) und Vertretern der Medien (Ulrich Wilhelm, BR) verfasst und initiiert wurde, konnte Dank Martin Schulz im Europäischen Parlament präsentiert werden.

Sowohl inhaltlich (die Charta kann durchaus als idealistisch, elitär, verzerrend und realitätsfern bezeichnet werden), als auch juristisch ist diese Charta durchaus kritikwürdig, da die Charta das Internet und die Digitalisierung allgemein zur Hochgefahrenzonen ausruft, aber kritisch ist insbesondere das Verfahren: Hier hat der Präsident des Parlaments seine Funktion missbraucht. Es ist höchst unüblich, dass eine nationale Initiative einer privaten Stiftung als ordentlicher Tageordnungspunkt in einem Ausschuss des Parlaments vorgestellt und debattiert wird. Zwar sind die ordentlichen parlamentarischen Verfahren zur Festlegung der Tagesordnung im Vorfeld angewandt worden, aber es ist wenig verständlich, wieso ein Parlamentspräsident einem privaten Projekt solch eine Aufmerksamkeit verhilft, wovon andere Stiftungen mit ihren Projekten nur träumen können.

Martin Schulz hat die Szene des Innenausschusses auch medial genutzt und inszeniert, um den Vorschlag in einer Zeit vorzustellen, in der er bereits als SPD-Kanzlerkandidat gehandelt wurde. Im Mittelpunkt standen somit wieder einmal nicht die Inhalte, sondern einzig und allein die Person: Martin Schulz.

9. Wahlkampf 2014

Vor den Europawahlen 2014 nutzte Martin Schulz seine herausgehobene Funktion als damals amtierender Parlamentspräsident geschickt für seinen Wahlkampf als Spitzenkandidat der Europäischen Sozialdemokraten. Die üppigen Tagegelder von 304 Euro / Tag, die dem Parlamentspräsidenten unabhängig von Terminen in Brüssel und Straßburg zustehen, kassierte er nach Recherchen des SWR während 10 Wahlkampfveranstaltungen. Nach öffentlichen Druck verfügte er zwar, dass er ab dem 18.04.2014 aufgrund des Wahlkampfes keine Tagegelder mehr beziehen wollte, aber er kassierte dennoch weiterhin Gehalt und nutzte die Ressourcen als Parlamentspräsident. Anders handhabten es 6 damalige EU-Kommissare (darunter der heutige Parlamentspräsident Tajani), die für den Wahlkampf unbezahlten Urlaub nahmen. Martin Schulz kassierte jedoch weiterhin sein Gehalt, nur abzüglich der Tagegelder. Einen Beweis für den Verzicht blieb er bis heute schuldig.

(Bericht Report Mainz, 29.04.2014 <http://www.swr.de/report/presse/eu-tagegeld/-/id=1197424/did=13302262/nid=1197424/gc8skf/>)

http://www.nwzonline.de/politik/6-kommissare-fuer-eu-wahlkampf-beurlaubt_a_14,6,3197127027.html

10. Martin Schulz „Twittergate“

Vor den Europawahlen 2014 hat Martin Schulz den offiziellen Twitter-Account des Parlamentspräsidenten in einen privaten Wahlkampfaccount umgewandelt. Dadurch behielt er seine damals ca. 80.000 Follower.

Dies führte zu deutlicher überparteilicher Kritik:

<http://www.greens-efa.eu/en/article/martin-schulzs-twittergate/>

<https://twitter.com/hreul/status/445854761024499712>

11. Martin Schulz und die Kruzifixe

Während des Europawahlkampfes 2014 sagte der damalige sozialistische Spitzenkandidat in einer Fernsehdebatte, dass jeder persönlich seinen Glauben zeigen könne, aber der „öffentliche Raum neutral bleiben müsse“. Damit sprach er sich indirekt gegen religiöse Symbole im öffentlichen Raum, wie beispielsweise Kruzifixe in Schulen aus und folgte damit der Tradition der französischen Laizität, möglicherweise um eben dort Stimmen zu gewinnen. Gerade in Süddeutschland, wo Kreuze in Amtsstuben und am Wegesrand Teil des öffentlichen Lebens sind, stieß diese Äußerung auf großes Unverständnis.

<http://www.suedkurier.de/nachrichten/politik/Europawahl-Kein-Kreuz-fuer-Martin-Schulz;art410924,6945073>